



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 7-8/2006

abgeschlossen am
10. August 2006

	<u>Seite</u>
1. Congress stellt sich hinter Israel im Krieg gegen die Hisbollah im Libanon	1
2. Militärische Führung warnt Congress vor Gefahr eines Bürgerkriegs im Irak	2
3. Bush legt Veto gegen Gesetz zur Stammzellenforschung ein	4
4. Anhebung des Mindestlohns im Senat blockiert	5
5. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen scheitert im Repräsentantenhaus	6
6. Sinkende Chancen für Einigung im Streit um Reform des Zuwanderungsrechts	7
7. Bewilligungsgesetz für <i>Homeland Security</i> im Vermittlungsausschuss	9
8. Verabschiedung der <i>Defense Appropriations</i> im Senat verzögert sich	10
9. Congress verabschiedet Verlängerung des <i>Voting Rights Act</i>	11
10. Nominierung von VN-Botschafter Bolton im Senat anhängig	12

1. Congress stellt sich hinter Israel im Krieg gegen die Hisbollah im Libanon

Senat und Repräsentantenhaus haben sich hinter Israels gewaltsames Vorgehen gegen die Hisbollah im Libanon gestellt und das Vorgehen der Regierung Olmert gut geheißen.

Den Anfang machte der Senat, der sich am 18. Juli 2006 einstimmig hinter Israel stellte und die Hisbollah und Hamas scharf verurteilte und seine Unterstützung für „Israels Anwendung seines Rechts auf Selbstverteidigung“ zum Ausdruck brachte.

Die Resolution des Senats (Sen. Res. 534), die von *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) sowie 18 seiner republikanischen Fraktionskollegen und 43 Demokraten auf den Weg gebracht wurde,

- unterstreicht die Unterstützung des Senats für den Staat Israel;
- unterstützt Israels Recht auf Selbstverteidigung zur Abschreckung terroristischer Gruppen und deren staatliche Unterstützer;
- fordert Präsident Bush mit Nachdruck dazu auf, Israel bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstverteidigung im Libanon zu unterstützen;
- verlangt die sofortige Freilassung aller israelischen Soldaten, die von Hisbollah oder Hamas gefangen gehalten werden;
- verurteilt die Regierungen des Iran und Syrien für ihre fortgesetzte Unterstützung von Hisbollah und Hamas und macht beide Regierungen für die aggressiven Akte dieser Gruppierungen gegen Israel verantwortlich;
- fordert Präsident Bush dazu auf, alle verfügbaren politischen und diplomatischen Mittel - Sanktionen eingeschlossen - einzusetzen, um die Regierungen Syriens und des Irans von ihrer Unterstützung der Terrororganisationen abzubringen.

Auch das Repräsentantenhaus unterstützt das Vorgehen der israelischen Regierung im Libanon. Eine entsprechende Resolution (H. Res. 921) wurde von der Kammer am 20. Juli 2006 mit 410:7 Stimmen verabschiedet, wobei lediglich der Republikaner Paul (Texas) und sechs Demokraten (Abercrombie (Hawaii) Kilpatrick (Mich.), Conyers (Mich.), Dingell (Mich.), McDermott (Wash.), Rahall (W. Va.)) gegen die Vorlage stimmten.

Kritiker des militärischen Vorgehens Israels wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurden im Repräsentantenhaus scharf verurteilt, weil nicht Israel, sondern die Hisbollah mit ihrem zutiefst menschenfeindlichen Vorgehen für die Situation im Nahen Osten verantwortlich zeichne.

Entsprechend unmissverständlich fielen in der Resolution des Repräsentantenhauses die Worte des Lobes für Präsident Bushs volle Unterstützung Israels in dessen Vorgehen gegen „terrorist organizations and their state sponsors“ aus. Bush hatte nach dem Beginn des Krieges zwar vor einem Zusammenbruch der Regierung im Libanon gewarnt, gleichzeitig aber die Hisbollah als „root cause“ des Problems bezeichnet, ohne auf die Rolle Syriens und Irans öffentlich direkt einzugehen. Zwischenzeitlich hat sich die humanitäre Situation im Südlibanon dramatisch verschlechtert und es droht eine Eskalation des Konflikts in der Krisenregion.

2. Militärische Führung warnt Congress vor Gefahr eines Bürgerkriegs im Irak

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats haben sich Anfang August 2006 zwei aktive hochrangige US-Soldaten warnend mit Blick auf die politische und militärische Entwicklung im Irak geäußert.

General John P. Abizaid, der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Mittleren Osten, warnte in seinen Ausführungen vor dem *Senate Armed Services Committee* im Beisein von Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld vor der Möglichkeit eines Bürgerkrieges im Irak. „Ich glaube“, so der General, „dass die sektiererische Gewalt (*sectarian violence*) wahrscheinlich so übel ist wie ich sie bisher gesehen habe, besonders in Bagdad.“ Abizaid warnte davor, dass der Irak in einen „civil war“ versinken könnte, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird. Der Begriff „civil war“ kann als Chiffre für eine drohende Niederlage der USA gelesen werden.

Unterstützung erhielt er von General Peter Pace, dem Vorsitzenden der *Joint Chiefs of Staff*. Der Vorsitzende des Generalstabs und ranghöchste Soldat in den USA warnte ebenfalls vor einer Entwicklung hin zu einem Bürgerkrieg im Irak. Allerdings unterstrichen Pace und Abizaid im Rahmen der Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss auch, dass sie optimistisch sind, eine solche Entwicklung schlussendlich doch noch verhindern zu können.

Gleichwohl markieren die Ausführungen von Pace und Abizaid eine Zäsur in den Äußerungen der militärischen Führung des Pentagon, die bisher öffentlich auf Zweifel an der Besatzungspolitik der USA im Irak verzichtet hatte. Demgegenüber hatten führende Generalstabsoffiziere, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, schon im Frühjahr 2006 öffentlich vor der Gefahr einer Niederlage der USA im Irak gewarnt (vgl. CR 4/2006, S. 5).

Die nun öffentlich geäußerten Zweifel *aktiver* Generalstabsoffiziere am Erfolg der US-Besatzungspolitik im Irak haben Senator John W. Warner (R-W.Va.), den Vorsitzenden des Senate Armed Services Committee, dazu veranlasst, öffentlich über eine perspektivische Kurskorrektur der Irakpolitik durch den Congress nachzudenken.

„Ich denke“, so der Republikaner, „dass wir sehr sorgfältig untersuchen müssen, wozu der Congress den Präsidenten in einer Situation ermächtigt hat, in der wir einem völligen Bürgerkrieg (*all-out civil war*) gegenüberstehen.“ Gemeint ist die Ermächtigungsresolution, mit welcher der Congress Präsident Bush im Oktober 2002 im Rahmen seiner *War Powers* autorisiert hatte, einen Krieg gegen den Irak zu führen (vgl. CR 10/2002, S. 1). Sie bildete die Grundlage für die militärische Intervention der USA im Irak im Jahr 2003 und ist Grundlage für das sich anschließende Besatzungsregime, für das der Congress bisher über 400 Mrd. USD bewilligt hat, ohne dass der Frieden im Irak gewonnen werden konnte.

Zwar hat sich Verteidigungsminister Rumsfeld im Rahmen der Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats vehement gegen einen „verfrühten Abzug“ der US-Truppen aus dem Irak ausgesprochen. Die breite Öffentlichkeit in den USA scheint jedoch wachsende Zweifel an der Irakpolitik der Bush-Administration zu haben (vgl. auch CR 6/2006, S. 4). Einer jüngsten *New York Times*-Umfrage vom Juli 2006 zufolge sprechen sich 56 Prozent der Befragten für einen Zeitplan zum Rückzug der US-Truppen aus dem Irak aus. 33 Prozent der Befragten sind sogar der Auffassung, dass ein solcher Rückzug auch dann stattfinden sollte, wenn dies bedeuten würde, dass der Irak in die Hand von Aufständischen fällt.

Während die demokratischen Fraktionsführungen bisher davor zurückschreckten, den Präsidenten in der Irakpolitik herauszufordern (vgl. CR 6/2006, S. 3 und CR 4/2006, S. 4), scheinen sie mittlerweile eine politische Kurskorrektur vollzogen zu haben.

Dafür spricht ein Brief führender Demokraten im Congress an Präsident Bush vom 30. Juli 2006. In ihm sprechen sich 12 führende Demokraten in beiden Kammern des Congress für ein „phased redeployment“ der US-Truppen im Irak aus. Ziel ist ein „begrenzter Einsatz“ der US-Truppen im Irak, die ihren Hauptakzent neben der Terrorismusbekämpfung auf die Ausbildung und logistische Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte legen sollen.

Zwar wurden die Republikaner mit Blick auf die Zwischenwahlen 2006 nicht müde, den Demokraten ein Dolchstoßverhalten vorzuwerfen, das darauf abziele, „den Terroristen gegenüber die weiße Fahne der Kapitulation zu schwenken“. Dass Senator Warner, der einflussreiche republikanische Vorsitzende des *Senate Armed Services Committee*, allerdings nach den Aussagen der Generäle Pace und Abizaid erklärte, dass die Legislative sehr wohl über die Ermächtigung für den Truppeneinsatz im Irak im Angesicht eines perspektivischen Bürgerkrieges nachdenken müsse, unterstreicht, wie sehr sich die innenpolitische Debatte über die Irakpolitik in den letzten Monaten in den USA verändert hat. Sowohl im republikanischen als auch im demokratischen parteipolitischen Lager wächst die Sorge vor einer militärischen und politischen Niederlage der USA im Irak.

Das Ausmaß der Polarisierung in der Irakpolitik unterstreicht auch die überraschende Niederlage von Senator Joseph I. Lieberman am 8. August 2006 in der Democratic Senate Primary des Bundesstaats Connecticut. Lieberman hatte als Demokrat die Irak-

politik Bushs im Senat unterstützt und war überraschend an seinem innerparteilichen Herausforderer Ned Lamont gescheitert, der in einem Kopf-an-Kopf-Rennen 52 Prozent der abgegebenen Stimmen (gegenüber 48 Prozent für Lieberman) auf sich vereinigen konnte. Lamont hatte Lieberman vorgeworfen, den Irakkrieg Bushs kritiklos unterstützt zu haben und zu einem Politikwechsel aufgerufen. Lamont hatte in das Zentrum seines Vorwahlkampfes um die Nominierung für die Senatskandidatur der Demokraten in Connecticut die „verfehlte Außenpolitik Bushs“ und den Rückzug der US-Soldaten aus dem Irak gestellt. Der unterlegene Lieberman, der 1988 erstmals in den Senat gewählt wurde und von Präsidentschaftskandidat Al Gore im Jahr 2000 zum Vizepräsidentschaftskandidaten gekürt wurde, hat inzwischen angekündigt, dass er als Unabhängiger in den Novemberwahlen antreten will.

3. Bush legt Veto gegen Gesetz zur Stammzellen-Forschung ein

Präsident George W. Bush hat Mitte Juli 2006 ein Veto gegen ein von Repräsentantenhaus und Senat mit deutlichen Mehrheiten verabschiedetes Gesetz zur Ausweitung der Bundesförderung für Stammzellenforschung eingelegt.

Präsident Bushs Veto, das nur mit Zweidrittel-Mehrheiten in beiden Kammern vom Congress überstimmt werden kann, ist das erste Veto seiner fast sechsjährigen Amtszeit.

Der Senat hatte kurz zuvor die Gesetzesvorlage mit 63 gegen 37 Stimmen angenommen. 19 Republikaner und der parteiunabhängige Senator James Jeffords (I-Vt.) votierten dabei mit der demokratischen Fraktion. Nur ein Demokrat, Bill Nelson (Neb.), schloss sich der Mehrheit der republikanischen Fraktion an.

Das Repräsentantenhaus hatte sich bereits im Vorjahr mit ebenfalls klarer Mehrheit für die Erleichterung der umstrittenen Stammzellen-Forschung ausgesprochen (vgl. CR 5/2005, S. 4).

Die von Präsident Bush mit seinem Veto belegte Gesetzesvorlage zielte darauf,

- Bundesfördermittel für Forschungsprojekte zugänglich zu machen, die eingefrorene, befruchtete Eizellen benutzen, welche für Zwecke der künstlichen Befruchtung produziert worden sind, aber für die Reproduktion nicht benötigt werden.

Die Administration will solche Fördermittel nur für Projekte bereitstellen, die auf existierende Stammzellenkulturen zurückgreifen (vgl. CR 8/2001, S. 2).

Präsident Bush begründete seine Ablehnung mit dem Schutz werdenden Lebens und verwies auf die Möglichkeit, dass eingefrorene Embryonen von Elternpaaren adoptiert werden könnten.

Kritiker hielten dagegen, dass die Zahl der Adoptionen solcher Embryonen verschwindend gering sei und die Gesetzesvorlage jener von Bush skizzierten Richtlinie folgen würde, die befruchtete Eizellen, die anderenfalls vernichtet würden, für die Stammzellen-Forschung freigibt.

Ein Versuch des Repräsentantenhauses, Bushs Veto zu überstimmen, scheiterte mit 235 gegen 193 Stimmen an der 2/3-Hürde.

Während der Präsident mit Hilfe der konservativen Mehrheit in der republikanischen Fraktion sein erstes Veto aufrechterhalten konnte, zeigt sich in der Frage der populären Stammzellen-Forschung ein tiefer Riss in der Partei.

Selbst *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.), in der Regel ein zuverlässiger Verfechter des Schutzes „ungeborenen Lebens“, sprach sich mit Rücksicht auf seine Erfahrungen als Arzt für die Annahme der Gesetzesvorlage aus.

In der Öffentlichkeit findet die Stammzellen-Forschung, die weitreichende Fortschritte in der regenerativen Medizin in Aussicht stellt, breite Zustimmung. Nach einer *Gallup*-Umfrage vom Juli 2006 halten, wie in früheren Erhebungen, etwa 60 Prozent der US-Bürger die Stammzellen-Forschung für moralisch vertretbar und nur etwa 30 Prozent äußern grundsätzliche Einwände.

Selbst unter republikanischen Wählern befürwortet eine zwar knappere, aber immer noch eindeutige Mehrheit die Forschung für medizinische Zwecke.

Angesichts dieser klaren Präferenzverteilung erwarten Demokraten wie zentristische und gemäßigt-konservative Republikaner einen Abstrafungseffekt für die harte Verweigerungshaltung in den anstehenden Wahlen zum Congress im November 2006.

Allerdings können konservative Republikaner auf eine mobilisierende Wirkung des Vetos mit Blick auf den großen Block religiös-konservativer Wähler setzen.

Vergleichsweise geringe Bedeutung wird demgegenüber dem Umstand zugemessen, dass der Präsident sein erstes Veto überhaupt gegen eine vom Congress verabschiedete Gesetzesvorlage eingelegt hat. Die Präsidenten Clinton und Reagan legten in ihren jeweils acht Amtsjahren insgesamt 37 bzw. 78 Vetos ein.

4. Anhebung des Mindestlohns im Senat blockiert

In einer politisch hoch interessanten Wendung hat die demokratische Opposition Anfang August 2006 eine zuvor vom Repräsentantenhaus als Teil eines Steuergesetzes beschlossene Anhebung des Mindestlohns blockiert.

In der Senatsabstimmung zur Beendigung der Debatte, die eine qualifizierte Mehrheit

von 60 der 100 Stimmen erfordert (*Cloture*), verfehlte die republikanische Führung um *Senate Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) ihr Ziel mit 56 gegen 42 Stimmen überraschend klar.

Hintergrund der ungewohnten parteipolitischen Manöver war die Koppelung der Anhebung des Mindestlohns von gegenwärtig 5,15 USD pro Stunde auf 7,25 USD bis zum Jahr 2009 mit einer drastischen Absenkung der Steuer auf große Erbschaften, die von der republikanischen Parteiführung im Repräsentantenhaus konzipiert worden war.

Die demokratische Opposition hielt der republikanischen Mehrheit vor, die lange überfällige Anpassung des Mindestlohns nur als Geisel im Austausch für Steuergeschenke an die reichste Bevölkerungsgruppe zu benutzen.

Nach den Schätzungen des Joint Committee on Taxation des Repräsentantenhauses und des Senats würden sich die Einnahmeausfälle zwischen 2006 und 2017 durch die Erbschaftssteuerabsenkung allein auf ca. 268 Mrd. USD und für das Gesamtpaket der Steuervergünstigungen auf ca. 310 Mrd. USD belaufen.

Bemerkenswert bleibt dennoch, dass konservative Republikaner und die meisten der sie unterstützenden Wirtschaftsverbände ihre bisherigen grundsätzlichen Bedenken gegen jedwede Erhöhungen des Mindestlohns zurückgestellt haben, um eine Erleichterungen in der Besteuerung großer Erbschaften durchzusetzen.

Während konservativen Mitgliedern des Congress die Verknüpfung als Chance erschien, der geforderten generellen Abschaffung der Erbschaftssteuer in der laufenden Legislaturperiode einen Schritt näher zu kommen, bot sich für gemäßigt konservative und zentristische Republikaner die Gelegenheit, eine von ihnen geforderte Anhebung des Mindestlohns zu beschließen.

Kaum weniger interessant ist aber, dass liberale Demokraten im Schulterschluss mit den großen Gewerkschaften der Verhinderung einer Absenkung der Erbschaftssteuer Priorität vor der Anhebung des Mindestlohns eingeräumt haben.

Das Kalkül der Demokraten wie der Gewerkschaften ist allerdings, dass sie eine baldige Mindestlohnanpassung auch *ohne* eine fiskalisch wie verteilungspolitisch problematische Entlastung großer Vermögen erzwingen können.

5. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen scheitert im Repräsentantenhaus

Ein Antrag auf Verfassungsänderung, der gleichgeschlechtliche Ehen explizit verbietet, hat in einer Abstimmung im Repräsentantenhaus Mitte Juli 2006 die notwendige 2/3-Mehrheit deutlich verfehlt.

Für den Verfassungszusatz stimmten 236 Abgeordnete, dagegen 187. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. 31 Demokraten schlossen sich dabei der konservativen Mehrheit an. 27 Republikaner votierten mit der demokratischen Opposition gegen eine Annahme.

Bereits im Vormonat war ein gleich lautender Verfassungszusatz im Senat gescheitert (vgl. CR 6/2006, S. 5), sodass die Initiative ohnehin nur von symbolischer Bedeutung war. Für die republikanische Fraktion bot die Abstimmung jedoch eine zweite Gelegenheit, mit Blick auf die Wahlen zum Congress im November ihre *American Values Agenda* zu propagieren.

Libérale Demokraten kritisierten den erneuten konservativen Vorstoß als durchsichtiges Wahlkampfmanöver und forderten keine Diskriminierungen in der Verfassung festzuschreiben.

Konservative Befürworter hielten dagegen das Votum für einen Meilenstein in ihrem Bemühen um die Bewahrung der „traditionellen Ehe“ als Institution zwischen Mann und Frau und verwiesen auf einen leichten Stimmenzuwachs gegenüber der letzten Abstimmung 2004.

Das wiederholte Scheitern eines Verfassungsverbots gleichgeschlechtlicher Eheschließungen im Congress reflektiert die Mehrheitspräferenzen der US-Bürger, die einer Verfassungsänderung skeptisch gegenüberstehen.

Allerdings lehnt weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung gleichgeschlechtliche Ehen ab und in 45 Einzelstaaten sind solche Ehen gesetzlich oder durch Verfassungsänderungen sogar explizit untersagt.

6. Sinkende Chancen für Einigung im Streit um Reform des Zuwanderungsrechts

Die anhaltende Kontroverse um die Grundlinien einer Reform des Zuwanderungsrechts hat im Juli 2006 die Aussichten auf einen Gesetzgebungskompromiss in der laufenden Sitzungsperiode weiter sinken lassen.

Während konservative Abgeordnete die von der Führung des Repräsentantenhauses koordinierten öffentlichen Anhörungen um eine Reform nutzten, um Stimmung für ihre harte Linie und den anstehenden Wahlkampf zu machen (vgl. CR 6/2006, S. 1), bemühten sich republikanische Senatoren ohne sichtlichen Erfolg, den Verhandlungen neue Impulse zu geben.

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus beharrt weiterhin auf einer drastischen Verschärfung der Grenzsicherung, um die Zuwanderung ohne behördliche Erlaubnis einzudämmen.

Demgegenüber insistiert eine deutliche Mehrheit der Senatoren aus der demokratischen wie der republikanischen Partei auf einer Kombination von verstärkter Grenzsicherung und Erleichterungen für Migranten, die ein Arbeitsverhältnis nachweisen können.

Die Senatoren John Cornyn (R-Tx.) und Jon Kyl (R-Ariz.), die beide gegen die zwischenparteiliche Kompromissvorlage des Senats gestimmt hatten, schlugen Ende Juli 2006 vor, dem Repräsentantenhaus durch eine merkliche Aufstockung der Bundesmittel für die Grenzsicherung entgegenzukommen.

Nur wenig später brachten die Senatorin Kay Bailey Hutchinson (R-Tx.) und der Abgeordnete Mike Pence (R-Ind.) eine neue Initiative in die Diskussion ein, die vorsieht, die Erleichterungen für Arbeitsmigranten an nachweisliche Fortschritte in der Eindämmung der illegalen Zuwanderung (so genannte „trigger“) zu koppeln.

Die beiden Vorstöße, die ausdrücklich als Versuche charakterisiert wurden, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen, stießen jedoch im Repräsentantenhaus wie im Senat nur auf geringe Resonanz.

Senator Arlen Specter (R-Pa.), der Vorsitzende des federführenden *Senate Judiciary Committee*, hielt die Initiativen für wenig hilfreich in dem Bemühen, einen Kompromiss in der Frage der grundsätzlichen Ausrichtung der Reform zu erzielen.

Senator Ken Salazar (D-Col.), einer der führenden Vertreter der demokratischen Fraktion in der Frage der Reform des Einwanderungsrechts, bezeichnete die Vorschläge als schlicht „unworkable“.

Diese Einschätzung reflektiert nicht nur die technisch schwierige Umsetzung des Koppelungsvorschlags und die fiskalischen Vorbehalte gegen eine zusätzliche Aufstockung der Mittel, sondern auch den Unwillen der demokratischen Opposition, den konservativen Republikanern in der Frage der Immigrationspolitik noch weiter entgegenzukommen.

Präsident Bush und die Administration begrüßten zwar das Bemühen, neuen Schwung in die Verhandlungen um die Reform des Einwanderungsrechts zu bringen, verweigerten aber demonstrativ eine Unterstützung der konkreten Vorschläge.

Die von konservativen Republikanern propagierte Sprachregelung, die von den Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Edward Kennedy (D-Mass.) ausgearbeitete Kompromissvorlage unter Bezug auf den *Minority Leader* Harry Reid (D-Nev.) als *Kennedy-Reid Bill* und damit als rein demokratischen Vorschlag zu bezeichnen, zeigt deutlich, wie hoch aufgeladen das politische Klima im Vorfeld der *Midterm*-Wahlen im November ist.

Damit droht eines der zentralen Gesetzgebungsvorhaben der Bush-Administration für die laufende Legislaturperiode durch den Streit zwischen den Parteien wie den beiden Kammern blockiert zu werden. Von den gesetzgeberischen Prioritäten abgesehen untergräbt die Kontroverse jedoch auch Werbebemühungen der republikanischen Partei um Wähler mittel- und südamerikanischer Herkunft.

7. Bewilligungsgesetz für *Homeland Security* im Vermittlungsausschuss

Der Senat hat am 13. Juli 2006 einstimmig mit 100 Stimmen seine Vorlage zum Bewilligungshaushalt für innere Sicherheit verabschiedet (*Senate Report 109-273*). Die so genannte *Fiscal Year 2007 Homeland Security Appropriations Bill* hat einen Gesamtumfang von 32,79 Mrd. USD, wovon im kommenden Haushaltsjahr 2007 31,73 Mrd. USD veranschlagt werden sollen.

Die Bewilligungsvorlage des Senats sieht im Einzelnen u.a. folgende Mittelzuweisungen vor:

- für *Customs and Border Control* 6,6 Mrd. USD, eine Erhöhung um 125 Mio. USD gegenüber dem Haushalt des laufenden Jahres;
- für *Immigration and Customs Enforcement* 3,9 Mrd. USD, 378 Mio. USD mehr als im Vorjahr;
- für die *Coast Guard* 8,1 Mrd. USD, eine Mittelsteigerung um 120 Mio. USD gegenüber dem Jahr 2006;
- für die so genannte *Transportation Security Administration* 3,7 Mrd. USD, 1,4 Mrd. mehr als von Präsident Bush für das neue Haushaltsjahr 2007 angefordert worden sind;
- für den Bereich *Domestic Preparedness* 3,85 Mrd. USD, eine Kürzung um etwa 150 Mio. USD gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr;
- für die Katastrophenschutzbehörde *FEMA* 2,66 Mrd. USD, etwa 300 Mio. weniger als von Präsident Bush für das Haushaltsjahr 2007 vom Congress verlangt.

Aus Sicht des Senats sollen gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2006 vor allem die Aufwendungen für die Sicherheit der Grenzen und der Häfen um 998 Mio. USD erhöht werden. Zwei entsprechende Zusätze von Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.) wurden in nicht namentlichen Abstimmungen angenommen.

Abgelehnt wurde dagegen ein Zusatz von Senator Jeff Sessions (R-Ala.) mit 29:71 Stimmen, der vorsah 1,8 Mrd. USD für den Bau eines 370 Meilen langen Grenzzauns an der amerikanisch-mexikanischen Grenze zur Verfügung zu stellen.

Keine Zustimmung fand auch ein weiterer Zusatz von Senator Sessions (34:66 Stimmen), der darauf abzielte, 800 weitere Einwanderungs- und Zollbeamte einzustellen.

Dagegen fand der Zusatz von Senatorin Susan Collins (R-Maine), der Vorsitzenden des *Homeland Security and Governmental Affairs Committee*, breite Unterstützung (87:11 Stimmen), der vorsieht, die Katastrophenschutzbehörde FEMA (*Federal Emergency Management Agency*) unter dem Dach des Ministeriums für innere Sicherheit zu reorganisieren. Die Behörde war im Zuge der Verwüstungen des Hurrikan Katrina im August 2005 und ihrer offensichtlichen organisatorischen Defizite (vgl. CR 10/2005, S. 10; CR 9/2005, S. 1) massiv in die Kritik geraten.

Nachdem das Repräsentantenhaus bereits im Juni 2006 über seine Vorlage zur *Homeland Security Appropriations Bill 2007* entschieden hatte, die sich in ihren Mittelansätzen nur unwesentlich von der Vorlage des Senats unterscheidet, wird mit zügigen Verhandlungen zwischen beiden Kammern im Vermittlungsausschuss nach der Sommerpause im September 2006 gerechnet.

8. Verabschiedung der *Defense Appropriations* im Senat verzögert sich

Der Senat hat die Beratungen über seinen Entwurf zum Verteidigungsbewilligungsgesetz für das Haushaltsjahr 2007 (*Fiscal Year 2007 Defense Appropriations*) vor der Sommerpause nicht mehr abgeschlossen, sondern auf Anfang September 2006 vertagt, wenn der Congress nach dem so genannten *Labor Day* seine Sitzungstätigkeit wieder aufnehmen wird. Damit dürfte ein Abschluss der Verteidigungsbewilligung durch den Congress vor dem 1. Oktober 2007, dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2007, knapp werden.

Im Senat hatten einflussreiche Mitglieder wie Ted Stevens (R-Alaska), der Vorsitzende des *Senate Defense Appropriations Subcommittee* betont, dass ein abschließendes Votum zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2007 durch den Senat noch vor der Sommerpause möglich gewesen wäre, allerdings von der Fraktionsführung verworfen wurde.

Insgesamt sieht der Verteidigungsbewilligungsentwurf, der vom *Senate Appropriations Committee* am 20. Juli 2006 einstimmig verabschiedet wurde (*Senate Report* 109-292), Gesamtausgaben von 453,5 Mrd. USD für das Pentagon vor, 9,1 Mrd. USD weniger als von Präsident Bush angefordert, aber immer noch 14,6 Mrd. USD mehr als vom Congress für das laufende Haushaltsjahr 2006 für diesen Ausgabenbereich bewilligt.

In der nun zur Disposition stehenden Gesamtsumme sind 64 Mrd. USD für so genannte *Emergency Funds* enthalten, wovon der Löwenanteil für die Kosten der US-amerikanischen Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak aufgewendet werden

soll. 1,8 Mrd. USD des Etatpostens „Emergency Funds“ sollen auf Initiative von Senator Jeff Sessions (R-La.) für die Sicherung der US-amerikanischen Grenzen eingesetzt werden.

Insgesamt sieht die im Senat anhängige Bewilligungsvorlage für das Pentagon u.a. vor:

- 126,3 Mrd. USD für Betrieb und Instandhaltung des Waffenarsenals, 3,8 Mrd. USD weniger als von Präsident Bush in diesem Ausgabenfeld verlangt;
- 99 Mrd. USD für Personal, eine Kürzung um 608 Mio. USD gegenüber den Haushaltsvorstellungen des Präsidenten;
- 81 Mrd. USD für die Beschaffung neuer Waffensysteme, eine Kürzung um 2 Mrd. USD gegenüber den Anforderungen der Administration;
- 73 Mrd. USD für die Erforschung und Entwicklung neuer Waffensysteme, eine Kürzung von 158 Mio. USD gegenüber den Budgetvorstellungen Präsident Bushs.

Während die Soldzahlungen nach den Vorstellungen des Senats im kommenden Haushaltsjahr um 2,2 Prozent erhöht werden sollen, sind im Bereich der Waffenbeschaffung bei Großprojekten wie dem F-35 *Joint Strike Fighter* und den Kampfflugzeugen des Typs F-35 sowie des Typs F-22A „Raptor“ Kürzungen vorgesehen.

Das Repräsentantenhaus hatte seine Bewilligungsvorlage für den Rüstungshaushalt des kommenden Jahres bereits am 20. Juni 2006 verabschiedet. Sie hat mit 427,6 Mrd. USD ein geringeres Gesamtbewilligungsvolumen als die im Senat anhängige Vorlage.

9. Congress verabschiedet Verlängerung des *Voting Rights Act*

Der Senat und das Repräsentantenhaus haben in der zweiten Hälfte des Juli 2006 der Verlängerung der auslaufenden Bestimmungen des *Voting Rights Act* von 1965 um weitere 25 Jahre mit großen Mehrheiten zugestimmt.

Das Repräsentantenhaus hatte Mitte Juli 2006 die Vorlage mit 390 gegen 33 Stimmen angenommen, nachdem eine Serie von Änderungsanträgen konservativer Republikaner abgelehnt worden war.

Auch der Senat sprach sich mit 98 gegen 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen nahezu geschlossen für die Verlängerung aus.

Die breite Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg kontrastiert scharf mit der noch im Juni drohenden Blockade der Verabschiedung in Folge einer Revolte konservativer Republikaner gegen eine unveränderte Fortschreibung des Gesetzes (vgl. CR 6/2006, S. 9).

Nach dem Aufschrei der Empörung von Seiten der Bürgerrechts- und Minderheitenverbände und einer Klarstellung Präsident Bushs, dass er eine Verlängerung ohne Änderungen am Gesetzestext unterstützt, lenkte die republikanische Führung im Repräsentantenhaus jedoch ein und begnügte sich damit, eine Reihe von Abstimmungen über Änderungsanträge zuzulassen.

Die Änderungsanträge vor allem konservativer Südstaaten-Republikaner zielten unter anderem darauf ab,

- die Bundesaufsicht über die Wahlrechtsbestimmungen von Einzelstaaten, welche die Bürgerechte von Minderheiten in der Vergangenheit verletzt hatten, aufzulockern, und
- Englisch als die alleinige Sprache für Wahlzettel und -unterlagen festzuschreiben.

Die demokratische Opposition wie Bürgerrechtsvertreter insistierten unter Verweis auf die zahlreichen, in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten vom Bundesjustizministeriums festgestellten Verletzungen der Bestimmungen des *Voting Rights Act* aber auf einer unverwässerten Fortschreibung des Gesetzes.

Ungeachtet der klaren Stellungnahme Präsident Bushs und der letztlich breiten Zustimmung auch der republikanischen Fraktionen im Congress unterminieren die fortgesetzten Streitigkeiten um Minderheitenrechte und Einwanderungspolitik (siehe auch Punkt 6) jedoch das Bemühen der Republikanischen Partei, in Wahlen vor allem in der Gruppe von US-Bürgern mittel- und südamerikanischer Abstammung Stimmenzugewinne zu erzielen.

10. Nominierung von VN-Botschafter Bolton im Senat anhängig

Der Auswärtige Ausschuss des Senats hat sich in einer Anhörung am 27. Juli 2006 mit der Verlängerung der Amtszeit des politisch umstrittenen VN-Botschafters John R. Bolton beschäftigt.

Präsident Bush hatte Bolton, der als scharfer Kritiker der Vereinten Nationen und Vertreter eines unilateralen Kurses in der Weltpolitik der USA gilt, vor einem Jahr gegen den erklärten Widerstand des Senats im Wege eines *Recess Appointment* zum Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen ernannt (vgl. CR 7-8/2005, S. 11).

Diese Vorgehensweise war notwendig geworden, weil sich für Boltons damalige Nominierung nicht die erforderliche Mehrheit im Senat abzeichnete, nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes gemäßigter Republikaner wie des Senators George Voinovich (Ohio). Ein *Recess Appointment* des Präsidenten erlischt allerdings am Ende der jewei-

ligen Sitzungsperiode des Congress, in diesem Fall also Anfang Januar 2007, wenn sich der neue 110. Congress konstituiert.

Präsident Bush war deshalb gezwungen, die Nominierung Boltons erneut einzubringen, will er die USA auch in den letzten beiden Amtsjahren seiner Präsidentschaft durch Bolton bei den Vereinten Nationen vertreten lassen.

Der kontroverse Bolton unterstrich in seiner Aussage vor dem *Senate Foreign Relations Committee* die Bedeutung einer „starken und effektiven“ Weltorganisation (siehe <http://foreign.senate.gov/testimony/2006/BoltonTestimony060727.pdf>). Er ging insbesondere auf die Situation im Nahen Osten, im Iran, in Nordkorea, im Sudan und in Burma ein. Anschließend beschäftigte er sich mit der Reform der Vereinten Nationen, die aus der Sicht der USA als dem größten Beitragszahler von vitalem Interesse ist.

Der führende Demokrat im Auswärtigen Ausschuss, Senator Joseph R. Biden (Del.) mahnte einen überparteilichen Konsens in der Außenpolitik der USA an und warnte davor, dass die erneute Nominierung Boltons die Gefahr der Polarisierung in sich birgt, zu einer Zeit, in der der Präsident eigentlich die Unterstützung beider Fraktionen im Senat benötigt (<http://foreign.senate.gov/hearings/2006/hrg060727a.html>).

Es wird erwartet, dass der Senat nach seiner Sommerpause im September 2006 ein Votum zur neuerlichen Nominierung Boltons abgibt.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report